

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

27.6.1922 (No. 146)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postcheckkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. U n d
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 72 A — Einzelnummer 1.— A — Anzeigengebühr: 170 A für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind dreifach und die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verhältet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

*Beginnende Sabotage.

Noch ist die Leiche des ermordeten Ministers des Auswärtigen nicht einmal bestattet, und schon beginnt das alte Spiel: es machen sich bereits wieder Versuche bemerkbar, die wahre Bedeutung der Tat abzuschwächen und den Ernst der Stunde abzumildern. Und zwar geschieht das von Seiten, von denen man es eigentlich nicht hätte erwarten sollen.

Die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat „ihre schweren Bedenken gegen die Notverordnungen“ angemeldet und befundet nach unserem Geschmack damit, daß sie entweder die Notwendigkeiten des Augenblicks nicht begriffen hat oder nicht begreifen will. Sie setzt sich mit ihrem Beschluß aber auch in den bekümmerten Gegensatz zu der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, die den Notverordnungen und der Rede des Reichskanzlers ausdrücklich zugestimmt hat.

So kommen wir nicht vorwärts! Noch gestern hat der badische Staatspräsident in seiner ergreifenden Rede bei der Trauerkundgebung für den ermordeten Reichsminister erklärt, man müsse die Frage, ob die Republik selbst von aller Schuld frei sei, mit einem Nein beantworten; die Republik habe in der Tat die Gefahren unterschätzt, die dem Leben der führenden Staatsmänner in Deutschland drohen. Man sei jener Verheerung, die derartige Auswüchse zeitige, nicht mit der genügenden Schärfe entgegengetreten. Es ist richtig, was hier Staatspräsident Summel hervorgehoben hat. Und weil es richtig ist, dürfen wir nicht wieder in die alten Fehler verfallen.

Man glaube doch ja nicht, daß die Ermordung Rathenaus das letzte verbrecherische Attentat auf den Bestand der Republik und auf das Leben ihrer führenden Männer sein wird! Im Gegenteil! Die Frage ist vollauf berechtigt: Wer wird nun drankommen? Und da ist es doch wohl selbstverständlich, daß sich der Staat mit aller Kraft und mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzt und Maßnahmen trifft, die wirklich ausreichen, um das reaktionäre Mordertum niederzukalten bezw. zu vernichten. Wer in dieser Stunde gegen die Notverordnungen räsoniert, ohne brauchbare Vorschläge anderer Art zu machen, der ist hinreichend verdächtig, irgendwelche Sympathien mit den Mördern zu empfinden, oder doch zum mindesten verdächtig, der reaktionären Mordpropaganda mit einer Laubheit gegenüberzustehen, die nach Lage der Dinge einfach straflich ist.

Ganz zweifellos werden sich im Lauf der nächsten Tage noch allerlei andere Kräfte regen, die versuchen werden, die Waffe, die sich der neue Staat geschaffen hat, abzustumpfen, bevor sie überhaupt noch recht angewandt worden ist. Diesen Sabotageversuchen muß von vornherein mit aller Energie entgegengetreten werden. Man darf sich nicht heirren lassen in der Verfolgung des einzig richtigen und einzig möglichen Ziels. Die Existenz Deutschlands steht auf dem Spiel, und zwar nicht nur die politische und wirtschaftliche, sondern auch die moralische Existenz. Das sollte niemand verkennen, der heute sich an einer Debatte über den Abwehrkampf gegen das reaktionäre Mordertum beteiligt.

Einrichten wollen wir uns jedoch vorzichtigerweise schon heute darauf, daß womöglich in Bayern die Notverordnungen zunächst nicht so durchgeführt werden, wie in den übrigen Gebieten des Reiches. Daraus braucht nun unser Erachtens durchaus kein unmittelbarer Konflikt zu entstehen. Das Beste wäre es, wenn man dann vorderhand Bayern sich selbst überlasse. Die heute noch einsichtlosen Teile des bayerischen Volkes werden schon ganz von selbst allmählich zur Einsicht zurückkehren. Sie haben ja von jeher, d. h. von den Tagen der Begründung des Reiches an, eine gewisse Neigung zur Sonderbündelei gezeigt. Diese Neigung ist hinderlich und unter Umständen gefährlich. Aber sie darf in diesem Augenblick nicht überschätzt werden.

Unter keinen Umständen aber ginge es an, wenn man sich durch etwaige bayerische Sonderwünsche in der Verfolgung des Zieles irgendwie heirren ließe. Wenn 14 Mann einen Auszug beschließen, und der fünfzehnte ist mit diesem Auszug nicht zufrieden, so wäre es Torheit und Schwachheit, wenn sich die 14 dem einen anpassen wollten. Wenn er nicht mitmachen will, mag er zu Hause bleiben! Man kann unserer Meinung nach jedenfalls den Kampf gegen das reaktionäre Mordertum einleiten und seine Durchführung garantieren, auch ohne daß man

sich der Mitwirkung aller angeblich auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Kreise versichert hat. Und auch ein Konflikt braucht, wie gesagt, daraus zunächst noch nicht zu erwachsen. Bayern ist nun einmal ein Sonderfall für sich. Und wenn das reaktionäre Mordertum im ganzen übrigen Reich einmal niedergelämpft ist, wird man es auch schon in Bayern systematisch klein kriegen. Die Hauptsache ist und bleibt, daß man sich durch nichts ablenken läßt und alle zur Verfügung stehende Latenzkraft für diesen Kampf einsetzt, der dem neuen Staat aufgegeben wurde, der aber ausgekämpft werden muß, wenn Deutschland überhaupt noch weiter existieren soll.

Für bedenklich halten wir es ferner, wenn jetzt von rechtsstehenden Zeitungen mit übertriebener Besessenheit eine sog. Mitschuld Frankreichs bezw. der Entente konstruiert wird. Es ist richtig, daß die Brutalitäten des Pariser Nationalismus die nationalstiftende Leidenschaft auch in Deutschland gesteigert haben. Auch der Reichskanzler hat das ja in seiner Rede am Sonntag hervorgehoben. Und auch im Ausland selbst wird nicht verkannt, daß zwischen der Vergewaltigungspolitik der Entente und der Mordtat ein gewisser Zusammenhang bestehen könnte.

Wir möchten dieser Auffassung nicht entgegenreten. All das ist aber nicht geeignet, irgend wie in der Frage der Schuld mitberwertet zu werden. Die Schuld an dem Mord tragen einzig und allein die Mörder selbst und diejenigen Kreise, die hinter ihnen stehen. Es hieße, diese Schuld abschwächen, wenn man geradezu von einer „Mitschuld Frankreichs“ sprechen wollte. Es wäre schließlich zu verstehen, wenn auch nicht zu billigen gewesen, wenn sich der überreizte Nationalismus in Deutschland gelegentlich einmal in Unbejehlichkeiten dem einstigen Feinde gegenüber entladen hätte. Aber unverständlich und ruchlos ist es, wenn deutsche Männer einen andern deutschen Mann umbringen, nur deshalb, weil er in ihrer Meinung nach eine falsche Politik der Entente gegenüber betreibt. Dafür gibt es keine Entschuldigung und keine Nachsicht! Und es ist gut, wenn man solche Volksgenossen, die sich mit einer derartigen Tat außerhalb der Gesetze der Sittlichkeit und der wahren Vaterlandsliebe stellen, nach dem furchtbaren Wort des alten Testaments behandelt: Auge um Auge, Zahn um Zahn!

Die Karlsruher Trauerkundgebung für Rathenau.

Wir stehen im Banne der furchtbaren Mordtat, der einer der Edelsten der Nation zum Opfer fiel. Tausende deutscher Männer und Frauen hatten sich gestern Abend im großen Festhallsaal eingefunden, um den Gefühls tiefsten Schmerz um den uns jäh Entzessenen und der harten unerbittlichen Anklage gegen die Mordtat Ausdruck zu geben.

Staatspräsident Summel hielt die Trauerrede, in der er folgendes ausführte:

Vor zwei Wochen habe ich dem toten Freunde zum letzten Mal die Hand gedrückt in Baden-Baden. Er kam zurück von Stuttgart, erfüllt von dem Erlebnis, das der Reichskanzler und er in Stuttgart in einer großen Kundgebung vor Tausenden von deutschen Männern und Frauen gehabt hatten. Mit froher Zuversicht sagte er mir beim Scheiden: „Wir können noch Vieles und Gutes für Deutschland und die Demokratie tun“. Und beim Abschied wurde geplant, daß der Reichskanzler und Walter Rathenau in diesen Tagen hier in Karlsruhe von dieser Stelle aus zu den Männern und Frauen des badischen Volkes sprechen werden.

Sein demokratisches Herz war sein todeswürdiges Verbrechen. Freilich, er hatte noch einen anderen Makel, er war Jude, und das zog ihm vor allem den fanatischen Haß verheerter Kreise zu. Man muß wissen, was von Walter Rathenau geschrieben und gedruckt wurde, um den Fanatismus des Hasses zu verstehen, der gegen ihn aufkommen konnte. Ich weiß, daß in manchen bürgerlichen Familien eine Broschüre liegt, die auch mir zugesandt worden ist, in der gedruckt steht, daß am Hause des Vaters etwa 40 Opferschalen sich befanden und in jeder Opferschale das Haupt eines gekrönten Fürsten, und daß der ehemalige Kaiser in dieses Haus gegangen sei, ohne zu wissen, welche Denkmale sich an ihm befanden. Als Walter Rathenau das Wiesbadener Abkommen abschloß in der Hoffnung, auf Grund der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu einem extragütigen Abkommen über die Reparation zu gelangen, da wurde ihm unterzogen, daß er drei jüdischen Firmen die ganzen Lieferungen des Wiesbadener Abkommens habe zukommen lassen. Und als er den Vertrag von Rapallo schloß, das erste aktive Unternehmen der deutschen

Außenpolitik seit dem Friedensschluß, da unterstellte man, daß er dabei Geschäfte für die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft abgeschlossen habe, deren Präsident er ehemals war.

Nun hat sein Herz ausgeblutet. Die Mörder sind uns unbekannt, aber bekannt ist uns die Atmosphäre, aus der das entsetzliche Verbrechen entstehen konnte. Wenn wir uns selbst prüfen, ob wir alle von Schuld frei sind, so müssen wir bekennen: Nein! Auch wir haben die Gefahren unterschätzt, die dem Leben der führenden Staatsmänner in Deutschland droht haben, auch wir sind der entsetzlichen Verheerung nicht mit der genügenden Schärfe entgegengetreten, die zu solchen Auswüchsen führen konnte. Und wenn wir dann an die große Masse der Laien und Gleichgültigen in Deutschland denken, der Laien und Gleichgültigen, die leicht das Opfer der Lüge werden, dann verstehen wir mehr. Es gibt Redner und Zeitungen, die das ihre dazu beigetragen haben, Verwirrung in den Menschen zu stiften. Unter der Form der Ablehnung der Volksverheerung entschuldigt man die Hege und verkleinert die Gefahr. Unter der Form der Beurteilung der Mörder kritisiert man zur Ablenkung die Maßnahmen, die die Regierungen dann treffen, und die Begleiterscheinungen einer solchen furchtbaren Zeit.

Wir wissen aber auch, daß es eine Reihe von politischen Gruppen gibt, die, ohne aktiv sich an dieser Verheerung des Volkes zu beteiligen, wenigstens schmunzelnd den Gewinn einstreichen, der ihnen zugetrieben wird. Wir müssen denken an das Heer der leichtfertigen Schwärmer, die unverantwortlich mit dem Ruf der führenden Staatsmänner in Deutschland umgehen. Wir müssen denken an die wirtschaftspolitische Verheerung, die durch unser Volk hindurchzieht, und die die Menschen schließlich auf die Meinung bringt, daß die Staatsmänner vogelfrei sind und daß die Staatsautorität verächtlich sei. Und wir kennen die extremen Kampf- und Organisationsformen, die unter allerhand Formen die Reaktion organisieren. Wir müssen aber auch daran denken, daß sie Helfershelfer haben, Helfershelfer, die sie unterstützen bei der Maskierung ihrer Unternehmungen, und die sie unterstützen mit Geld, leider mit sehr viel Geld.

Und wir haben es erlebt, daß diese Atmosphäre der Verheerung auch an den Grundlagen unserer Verfassung rüttelt, wie man unsere Republik verächtlich macht und gemacht hat, indem man sie kurzerhand als die Judenrepublik bezeichnete. Ich glaube, ich übertreibe nicht, wenn ich sage, es ist eine Sumpfatmosphäre, in der wir gelebt haben, eine Sumpfatmosphäre, aus der die Giftpflanzen verheerter Fanatiker hervorgewachsen sind. Aber wir alle, wir müssen an die Brust schlagen und uns schuldig bekennen mancher Unterlassung.

Nun können wir es nicht mehr gutmachen. Die Sorge für das Vaterland war bei Walter Rathenau größer als die Sorge für sein Leben. Denn wir wissen, daß er in den letzten Wochen und Tagen gewartet hat, daß man ihn aufmerksam gemacht hatte auf die Gefahren, die seinem Leben drohen. Sein Herz kannte keine Rache. Er war eine kindliche Seele, eine anima candida, viel verkannt, viel verkannt auch in seinen positiv-wirtschaftlichen Leistungen. Mancher sah ihn lediglich an als den Sohn eines erfolgreichen Vaters. Die ihn näher kannten, wissen ihn besser zu beurteilen. Wir wissen, daß Walter Rathenau ein glänzender Ingenieur und Chemiker war, daß er ein erfolgreicher Geschäftsmann war, der aus Eigenem sich den Beginn seiner wirtschaftlichen Laufbahn geschaffen hat. Er war begabt mit einer univervellen Bildung, gleich gebildet auf literarischem Gebiete wie auf philosophischem, wie auf volkswirtschaftlichem. Er war ein Schriftsteller ersten Ranges und beherrschte die deutsche Sprache mit einer unvergleichlichen Kunst. Ein Mann von freier Vorurteilslosigkeit und von unerbittlicher Wahrhaftigkeit, auch seinen Berufsgenossen gegenüber; und wir wissen, wie ihm vor allem diese Wahrhaftigkeit auch in seinem Berufsstand manche Gegner geschaffen hat.

Seine Bücher sind Wegweiser in die ferne Zukunft der Wirtschaft. Er wußte, daß die Formen der Wirtschaft nichts Bleibendes und Einmaliges sind, sondern daß sie dem Wandel der Zeiten unterworfen sind, und daß die heutige Form einmal ersetzt werden wird durch eine andere, die er mit prophetischem Blick zu schauen glaubte. Er betrachtete als die gestaltenden Kräfte des Lebens und der Wirtschaft die Arbeit, die Ethik und die Moral. Er war ein Meister des Wortes, einer der ersten Redner Deutschlands, vielleicht Europas. Denn er beherrschte die europäischen Sprachen wie seine eigene. Selbst das hat man ihm zum Vorwurf gemacht, als er mit der Kenntnis fremder Sprachen dem Vaterlande glänzende Dienste leistete.

Er besaß alle Eigenschaften eines Staatsmannes großen Stils. Ihm ist es als dem ersten gelungen, den englischen Faden, der abgerissen war, wieder anzuknüpfen. Wenn es ver-

gönnt war, im vertrauten Kreise zu hören, wie er die ersten Versuche schilderte, die schließlich hinführten zur Grundlage einer möglichen Verständigung mit englischen Staatsmännern, weiß am besten, wem das Verdienst an dem Zustandekommen dieser Verständigung zu danken ist.

Sein außenpolitisches Ziel war, entweder zu erreichen, daß das, was wir leisten müssen, für uns erträglich und möglich wird, oder zu erreichen, daß der Gegner ins Unrecht gesetzt wird. Das zweite Ziel ist von ihm erreicht worden, und er hat auch die Folgen aus dem erreichten Ziel gezogen, indem er von dieser Grundlage aus nun eine moralische Offensive gegenüber denjenigen begann, die schuld am Zusammenbrechen der Verhandlungen waren.

Wir wissen, in welcher glänzender Weise er seine scharfen Worte an die Adresse Frankreichs gerichtet hat. Auch das hat man ihm falsch ausgelegt, indem man ihm unterstellte, daß es einen Wechsel seiner Politik bedeute, unterstellte mit der weiteren Behauptung, daß seine Gesinnung und Politik vor dieser Rede weniger national gewesen sei, als während und nach dieser Rede.

Man hat um den Ruf dieses großen Staatsmannes Verbrechen gehäuft, und schließlich hat er sein Leben durch die Frucht der Verheerung beendet. Die Gegner der Republik und der Demokratie sagen: Die Demokratie hat keine Männer! Und wenn aus der Mitte des Volkes, aus der Mitte der republikanischen und demokratischen Bevölkerung Männer aufsteigen — befähigt mit den glänzendsten Gaben des Geistes und des Staatsmanns —, dann werden sie beseitigt durch die Kräfte des Mörders. Die schwarz-rot-goldene Fahne senkt sich umflort vor der Leiche dieses großen Vaterlandsfreundes und erhebt sich, geweiht von dem Blute eines edlen Mannes.

Wer sich nicht voll Absehen von den Mördern wendet, hat keine deutsche Ehre im Leide (Weiß und Juruf). Wer nicht von der heiligen Ehre bewegt ist — mit ihm wollen wir keine Gemeinschaft haben! Wem die deutsche Ehre das Herz höher schlagen läßt, wird Walter Rathenau unaussprechlich dankbar für alle Zukunft.

Unsere Pflicht ist es, dem beleidigten Recht zum Durchbruch zu verhelfen, dafür zu sorgen, daß die öffentliche Sicherheit in Deutschland wieder aufgerichtet wird. Unsere Pflicht ist es, uns abzumenden von der wirtschaftlichen und politischen Verheerung, die unser Volk durchtobt und solche Früchte zeitigt. Wir müssen wieder errichten die Herrschaft des Rechts, der Gerechtigkeit, der Menschheitsideale. Jeder tue das Seine!

Erschüttert steh' ich, weiß nicht, ob ich ihn
Bejammern oder preisen soll sein Loß.
Das eine fühl' ich und erkenn' es klar:
Das Leben ist der Güter höchstes nicht,
Der Übel größtes ist die Schuld!

Die durch die Worte des Redners ausgelösten tiefen Empfindungen wurden durch die heilige Macht der Töne emporgehoben in das Reich des Ewig-Göttlich-Schönen, und was die Herzen der Tausenden in Schmerz und bitterer Lage ergriffen ließ, fand seinen mächtvollen Ausdruck in dem Trauermarsch aus Beethovens „Eroica“ und Wagners „Kriegslied“ und Siegfrieds Tod aus der „Waldmäre“, beides ausgeführt vom Orchester des Landesopertheaters unter Cortolezis Leitung.

Trauerkundgebung des badischen Landtags.

DZ. Karlsruhe, 27. Juni.

Die heutige Vormittagsitzung des badischen Landtages gestaltete sich bei gut besetztem Hause zu einer eindrucksvollen Trauerkundgebung für den deutschen Außenminister Rathenau. Präsident Wittemann feierte in bewegten Worten das Andenken des hervorragenden Mannes, dessen Tod eine klaffende Lücke in unser Volk gerissen habe. Der Landtag protestierte gegen den Geist, der eine solche Untat ermöglichte; er fordere die Regierung auf, alles zu tun, um in Zukunft ähnlichen Ereignissen vorzubeugen. Der Präsident teilte mit, daß er der Partei des Verstorbenen und den Angehörigen das Beileid des Landtages ausgesprochen werde und schloß:

Wir geloben, daß wir hinter die Männer stehen, die trotz aller Verleumdung und Gefährdung ihrer Person ihr Bestes für den Bestand des Vaterlandes einsehen. (Die Mitglieder sämtlicher Fraktionen des Hauses hatten sich während dieser Ansprache von den Sitzen erhoben).

Staatspräsident Dr. Hummel gab die Erklärung ab, daß das badische Staatsministerium die Stellungnahme der Reichsregierung ausdrücklich billige und fest entschlossen sei, die getroffenen Maßnahmen im Rahmen des Notwendigen durchzuführen. Die badische Regierung erwartet dabei die Unterstützung aller Organe der Verwaltung und Rechtsprechung. Dem Andenken des Ermordeten sei man es schuldig, ihm durch ein erneutes Bekenntnis zur Republik und zu einer demokratischen Innen- und Außenpolitik ein Denkmal zu errichten. Der Redner würdigte dann die hohen Verdienste Rathenaus um Volk und Vaterland. Mit dem Hinweis, daß die Wiederaufbauarbeit ein gefestigtes Staatswesen zur Voraussetzung habe, ein Staatswesen beruhend auf der demokratischen Gleichberechtigung aller Schichten und Klassen.

Der Staatspräsident gab schließlich bekannt, daß die Regierung dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler das Mitgefühl des badischen Landes zum Ausdruck gebracht habe. Die Schuljugend soll heute aus Anlaß des Ereignisses auf diese Gedanken hingeführt werden. — Die Sitzung wurde nach halbstündiger Dauer abgebrochen. Nächste Sitzung nachmittags 5 Uhr.

Weitere Kundgebungen.

Die Montagssitzung des Preussischen Landtags gestaltete sich zu einer großen Protestkundgebung anlässlich des Todes an Rathenau.

Die Deutsche Demokratische Partei erläßt heute folgenden Aufruf:

„Deutsche Demokraten! Wiederum ist durch Mordhand eine Stütze der Republik gefallen. Diesmal ist das Opfer ein Vorkämpfer unserer Ideen unser Parteifreund, der Reichsminister des Äußern Dr. Walter Rathenau.

Diese schändliche Tat ist nur ein Glied in der Kette zahlreicher Kampftakte gegen die mühsame Aufbauarbeit im neuen Deutschen Reich. Wir haben lange gehofft, daß es gelingen werde, alle Schichten unseres Volkes im vaterländischen Gemeinschaftsgefühl um die neue deutsche Verfassung zu scharen. Wir haben deshalb den Geist der Verantwortlichkeit befestigt. Unsere Hoffnung hat getrogen. Die Politik der Verführung ist als Schwäche gedeutet worden. Gewissenlose Parteitagitation und Verheerung durch monarchistische Kreise hat das Verbrechen in Deutschland zur politischen Waffe gemacht — eine Waffe gegen die Verfassung, gegen die Demokratie, gegen die Republik.

Darum sagen wir den schärfsten Kampf allen Elementen an, die sich anmaßen, ihren auf die Wiederherstellung überlebter Zustände gerichteten Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes aufzuzwingen. Wir fordern die Zusammenfassung aller verfassungstreuen Volksträfte, um die Republik mit allen Mitteln des Gesetzes und der Macht des Staates zu schützen.

In diesem Kampfe muß jeder Parteigenosse im Reich seine Schuldigkeit tun. Jeder stelle sich den Organisationen zu wertvoller Hilfe zur Verfügung.

Es gilt die Sicherung von Deutschlands Bestand, Ruhe und Zukunft. Es lebe die Republik! Deutsche Demokratische Partei. Peterfels. Erfelens.

Demokraten heraus! Verantwortet im ganzen Reich Kundgebungen, schließt Euch mit allen wahrhaften Freunden der Republik zu gemeinsamer Front zusammen!

Der Reichsparteivorstand und Reichsparteiausschuß der deutschen Zentrumspartei erläßt folgenden Aufruf an seine Parteifreunde in Stadt und Land:

„Mit Entsetzen und Abscheu hat der Reichsparteivorstand und Reichsparteiausschuß der deutschen Zentrumspartei die Schreckensnachricht von dem politischen Mord an Rathenau, dem Reichsaußenminister Dr. Rathenau zum Opfer gefallen ist, vernommen. Die politischen Folgen dieser Schandtat im In- und Ausland sind unabsehbar; jedenfalls ist eine ungeheure Schädigung der Lebensinteressen des deutschen Volkes, der moralischen, sozialen und politischen, aufs tiefste zu beklagen. Die Verantwortung für all das trifft zu einem nicht geringen Teil diejenigen Kreise, welche bisher systematisch die Atmosphäre der Volkvergiftung durch Verführung gegen Verfassung und Regierung in Presse, Versammlungen und Parlamenten geschaffen haben. Angesichts der aufs höchste gefährdeten Lage unseres Vaterlandes fordern wir unsere Gesinnungsfreunde in Stadt und Land auf: Gebt überall das Beispiel von Ruhe und Ordnung, um noch größeres Unheil zu verhüten. Tretet zusammen zu Parteiverfassungen und erhebt einmütigen Protest gegen den verruchten Mord und gegen das staatsfeindliche Treiben der dahinter stehenden Kreise. Erachtet es als eure unabwendbare Pflicht, in diesen kritischen Tagen geschlossen hinter unsere Regierung zu treten und ihre Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Staatsordnung nachdrücklich zu unterstützen.“

Der 11. Deutsche Gewerkschaftskongress in Leipzig hat unter stürmischem Beifall und Sändelläusen gegen den Protest der Kommunisten folgenden Beschluß gefaßt:

Der Gewerkschaftskongress hat mit tiefem Abscheu die Gewissheit erfahren, daß der Reichsminister des Äußern Dr. Walter Rathenau das Opfer eines elenden Mordanschlages geworden ist. Der Kongress erblickt in diesem Mordanschlag einen neuen planmäßigen Angriff auf den Bestand der Republik, der der Verstorbenen seine Kraft bis zur letzten Stunde gewidmet hat.

Der Kongress spricht nicht nur seine Entrüstung über diese Gewalttat aus, sondern fordert von der Reichsregierung namentlich wirkliche durchgreifende Maßnahmen gegen die mit solch verbrecherischen Mitteln arbeitenden Feinde der Republik. Weil aber der Kampf der Monarchisten und Reaktionäre zugleich ein Kampf gegen die Errungenschaften der Arbeiterklasse und gegen die gesamte Arbeiterbewegung ist, ruft der Kongress die gesamte Arbeiterkraft auf, von ihrer Selbstorganisation im politischen Meinungskampf abzulassen und einmütig alle Kräfte zur Niederämpfung der Reaktion zusammenzufassen.

Der Kongress empfiehlt der gesamten Arbeiterbewegung, diesen ihren einmütigen Willen eindrucksvoll zu bekunden durch eine gemeinsame Arbeitseinstellung am kommenden Dienstag nachmittags unter Veranstaltung machtvoller öffentlicher Kundgebungen.

Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, gemeinsam mit dem Afa-Bund und den sozialistischen Parteien wirksame Maßnahmen vorzubereiten, deren Ziel sein muß, die Sicherung der Republik und der Rechte der Arbeiter gegen jeden reaktionären Angriff durch Säuberung der Regierungsstellen und öffentlichen Ämter, einschließlich der Richterstellen, von allen Elementen, die sich nicht rückhaltlos auf den Boden der republikanischen Verfassung stellen.

Der Kongress erwartet von allen Mitgliedern der Gewerkschaften den entschlossenen Willen, auch mit ihrem Leben für die Verteidigung der Grundrechte des Volkes und für die Republik einzutreten.

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei in Baden veröffentlicht folgende Kundmachung:

„Parteifreunde! Die Kette der politischen Mordanschläge ist um ein weiteres Glied vermehrt: Reichsaußenminister Dr. Rathenau hat als Opfer eines feigen Mordanschlages sein Leben für das Vaterland hingeben müssen. Das Deutsche Reich verliert in ihm einen ausgezeichneten, erfolgreichen Staatsmann, die Partei einen ihrer hervorragendsten Führer.

Noch sind die Mordgesellen nicht entdedt. Aber wir wissen, daß die furchtbare Tat nur auf dem Boden gedeihen konnte, den die rechtsradikale Agitation durch eine fesselhafte Propaganda gegen die Republik und ihre führenden Männer seit Jahr und Tag planmäßig vorbereitet hat.

Dieser Verheerung entgegenzutreten, ist heute wahrhaft nationale Pflicht. Den Schändern des deutschen Namens, die die Mordwaffe zum Instrument des politischen Kampfes machen, muß laut und eindringlich ein „Bis hierher und nicht weiter!“ entgegenrufen aus den Reihen aller wahrhaft vaterländisch gesinnten Männern und Frauen!

Badische Demokraten! Es gilt, für die badische und deutsche Republik einzutreten, weil das Vaterland nur durch diese Staatsform aus seiner schmerzlichen Not erlöst werden kann. Es gilt, Front zu machen gegen die Feinde der Republik, gegen die Verächter der Staatsautorität, denen reaktionäre Parteiziele höher stehen als das Wohl des Vaterlandes! Die Schüsse, unter denen Walter Rathenau fiel, müssen zum Warnungszeichen werden für alle Volksgenossen, denen die Zukunft des Vaterlandes noch etwas gilt.

Wir fordern unsere Anhänger in Stadt und Land auf, zum Schutze der Republik in die Schranken zu treten und sich gegebenenfalls mit den Anhängern gleichgesinnter Parteien zu diesem Zwecke zusammenzutun. An der Spitze Walter Rathenau,

aus, des deutschen Mannes, des hervorragenden Politikers und des heiligen Freundes seines Volkes und Vaterlandes, rufen wir in Trauer, aber auch in Zuversicht: „Es lebe das Vaterland! Es lebe die Republik!“

Karlsruhe, den 26. Juni 1922.
Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei in Baden.“

Die Südwestdeutsche Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei, die aus den Reichsteilen Baden, Pfalz, Württemberg, Hessen und Ostpreußen besteht, faßt in der in Heidelberg abgehaltenen Versammlung folgenden Beschluß: „Die Deutsche Volkspartei steht auf dem Boden der verfassungsmäßigen Weiterentwicklung unseres Staatswesens auf friedlichem Wege. Sie verurteilt deshalb jede politische Gewalttat und spricht ihre höchste Entrüstung aus über den an Rathenau verübten Mord. Sie legt aber gleichzeitig schärfste Verwahrung ein gegen jeden Versuch, die Tat auszubeuken zu etwaigen Maßnahmen und Rechtsfolgerungen gegen Staatsbürger, die der Politik der derzeitigen Regierung nicht zustimmen können.“

Die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat im Landtag eine Interpellation eingebracht, in der zu der vom Reichspräsidenten erlassenen Verordnung zum Schutze der Republik vom 24. Juni 1922 Stellung genommen wird und in der „die schärfsten Bedenken gegen diese tief in die Hoheitsrechte der einzelnen Länder eingreifenden Bestimmungen“ geltend gemacht werden.

Freiburg, 27. Juni. Am Sonntag fand auf Aufforderung der sozialistischen Vertrauensmänner eine Massenprotestkundgebung auf dem Münsterplatz statt, bei der Stadtrat Jumboldt eine den feigen Mord an Rathenau aufs schärfste geißelnde Ansprache hielt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Versammelten ihrem Abscheu über das Attentat und der Forderung nach Schutzmaßnahmen gegen weitere Verbrechen Ausdruck gaben. Nach der Demonstration kam es zu Zusammenstößen mit den Insassen eines Autos.

Die Untersuchung über die Mordtat.

Die Obduktion von Rathenaus Leiche hat keine besonderen Feststellungen ergeben. Der Tod ist als Folge mehrerer Schußverletzungen eingetreten. Entgegen den ersten Meldungen wird jetzt mitgeteilt, daß der Minister nach seiner Verwundung noch einige Minuten gelebt hat. Der Chauffeur hat, ehe er den Wagen nach der Rathenauschen Wohnung zurücklenkte, die Polizei verständigt.

Die zur Aufklärung der Mordtat Rathenau bei der Abteilung 1a der Kriminalpolizei eingerichtete Abteilung ist, so meldet die „Frl. Ztg.“ aus Berlin vom 26. d. M., wegen des außerordentlichen Umfangs der Arbeit in drei Unterteilungen zerlegt worden. Bisher sind 10 in Berlin wohnende Personen, die der Organisation C angehören sollen, in Haft genommen worden. Ihr Aufenthalt zur Zeit des Anschlages sowie ihre gesamte Tätigkeit wird genauestens nachgeprüft. Eine außerordentlich große Anzahl von Beamten ist auf einzelne Gruppentreffen, Fahndungskommandos usw. eingeteilt, nicht nur innerhalb Berlins, sondern auch in der weiteren Umgebung. Alle Automobilfabriken sind polizeilich benachrichtigt worden, um festzustellen, an wen in den letzten Jahren Automobile verkauft wurden. Die Automobilbesitzer müssen Auskunft über den Verbleib ihrer Wagen geben. Erzwungen wird diese Arbeit im Regierungsbezirk Potsdam durch den vor einigen Wochen erfolgten Kauf der Automobilen. Auch die Schreibung mit Automobilen und die Diebstähle von Kraftwagen erschweren die Arbeit. Die Grenzstationen sind durch verstärkten Überwachungsdienst gesichert worden. Man nimmt an, daß die Mörder unter diesen Umständen die Grenze noch nicht erreicht haben können.

Wie schon mitgeteilt, ist die wichtigste Auslage die des Potsdamer Oberförsters, der die Täter vor dem Überfall genau beobachtet hat. Ihm fiel es auf, daß bei dem großen, sehr massiven Tourenauto, das in einer Nebenstraße hielt, der Motor aufgelegt war und trotz der Wärme des Tages der Kühler durch eine Wachsstockhülle geschützt war. Das machte ihn stutzig. Bei genaueren Zusehen bemerkte er, daß sowohl der Chauffeur, der Zivilkleidung trug, wie einer der beiden jungen Männer, die später im Wagen saßen, den Gang des Motors ängstlich überprüften, um sich zu überzeugen, daß alles tadellos funktionierte. Stutzig machte ihn Beobachter auch, daß der zweite der jungen Leute immer scharf nach der Königsallee hin sah und seinem Gefährten wiederholt etwas zurief. Das veranlaßte den Oberförster, die Leute scharf zu beobachten, so daß er eine sehr genaue, bis in die Einzelheiten gehende Beschreibung sowohl der beiden Leute wie des Chauffeurs und des Wagens geben konnte. Danach ist das Automobil vom neuesten Typ, hinten kantig mit verjüngtem Verdeck und macht den Eindruck einer Leiste mit recht breiten Ranten. Farbe: schwarz-blau; sechszylinder Tourenwagen, mindestens 80 PS-Verleistung. Der eingelassene Motor hatte einen auffallend ruhigen Gang. Sitzplätze, bedeckt durch eine Daube aus schwarzem Wachsstock, die die Fahrmarken verbergte. Zwei Motorköpfe: Polsterung dunkelgrün, getuppt, ansehend Cord. Kronprinzentür: Bereifung verhältnismäßig neu, Continental-Cord mit Kettenreinigung auf der Lauffläche. Zwei große Messingscheinwerfer und zwei kleine elektrische Laternen zu beiden Seiten der Schutzhaube. Super mit Schlauch und Gummiball. Auf dem Trittbrett rechtsgängig Behälter für die Carbidbeleuchtung.

Der Oberförster gibt folgende

Beschreibung der Täter:

Die erste Person ist etwas 168 Zentimeter groß, schlank, muskulös, mit dunkelbraunem, fast schwarzem und in der Mitte geschütteltem, an den Seiten des Hinterkopfes fast ins Schwarze gehendem halblang gehaltenem, vollem Haar. Auffallend starke, schwarze, über der Nasenwurzel fast zusammengebackene Augenbrauen, dunkelbraune Augen, vorstehende Adernase, kleiner dunkler Schnurrbart, gestutzt (Bürste), fast mit Gesichtswinkel absteigend, blaße Gesichtsfarbe, ovales hageres Gesicht mit scharf angedeuteten Wadenknochen. Alter schätzungsweise 24 bis 26 Jahre. Bekleidung: brauner, lederner Automobilmantel, in der Tiefe durch einen 3-3/4 Zentimeter breiten braunen Lederriemen zusammengehalten. Mantel war oben geschlossen. Man sah über einen weißen Steifragen, dunkelbraune Schuhe von breiter Form, hellbraune Ledergamaschen, die unten zum Einsiedeln und oben zu schmalen waren. Der Mantel war vorne und hinten umgeschlagen wie beim Reiten, sodas man die hellbraunen Stiefelhosen mit Besatz, anscheinend von Leder, sehen konnte. Der Mantel war ungefüllt. Autotappe von hellbrauner Farbe mit Ohrenklappen. Der Mann machte in seiner ganzen Erscheinung fast den Eindruck eines Ausländers; er trug eine nach oben geschobene braune Autobrille in der Farbe der Autotappe.

Die zweite Person hatte nach der Beschreibung des Oberförsters schlanke Statur, war aber kleiner als Nr. 1, blonde Augenbrauen, barilos, blaue Augen, feine zierliche Nase, so daß das Gesicht ein fast mädchenhaftes Aussehen hatte. Auf der linken unteren Wange, oberhalb des linken Kinnsbogens, nicht weit vom linken Mundwinkel entfernt deutlich sichtbare

Narbe, die den Eindruck einer Schußnarbe machte, schlanke zierliche Hände. Alter 24 bis 26 Jahre. Bekleidung: Automontel von Leder, etwas heller wie von Nr. 1, hellbraune Autofapne mit Ohrenklappen (sonst wie Nr. 1). Der Chauffeur war dunkelbraun gekleidet und trug eine hellgraue Reise- mütze mit Schirm.

Wie der Zeuge noch befundet, sah er plötzlich, daß der nach der Königsallee auslaufende junge Mann eiligst auf das Auto zulief und hineinsprang, gleichzeitig mit ihm sein Gefährte und sodann der Chauffeur. In derselben Minute kam das Ministerauto in voller Fahrt lang. Das verdächtige Auto, dem ein anderer Kraftwagen folgte, fuhr dem Ministerwagen nach. — Wie schon gemeldet, hat der Oberförster das Attentat selbst nicht gesehen, sondern nur die Schüsse gehört.

Nach einer weiteren Blättermeldung scheinen die Spuren der Täter nach Frankfurt a. M. zu führen, wo der Oberleutnant Karl Tilleßen, der Bruder des Erzbergermörders, seit einiger Zeit wohnte. Karl Tilleßen, der in Hensburg verhaftet wurde, ist nach Berlin gebracht worden. — In Rassel wurde Kapitänleutnant Hoffmann — als der Mitschuld verdächtig, verhaftet.

Aus dem Leben Rathenaus.

Aber die Persönlichkeit und das Wirken Rathenaus sei im Nachstehenden nach das folgende in Erinnerung gebracht:

Rathenau wurde am 29. September 1867 in Berlin geboren. Sein Vater war der verstorbenen Begründer der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (A.E.G.), Raurat Emil Rathenau. In Berlin und Straßburg studierte er Physik und Chemie. Diese Studien schloß er durch das Doktorexamen ab. Dann studierte er in München Maschinenbau und praktische Chemie. Seine industrielle Praxis begann er dann als technischer Beamter einer Aluminium-Gesellschaft in der Schweiz. Inzwischen hatte er eine Reihe von Patenten für elektrotechnische Verfahren erworben, die er von 1893-98 als Leiter der „Elektro-Chemischen Werke“ verwertete. Für diese Werke baute er bedeutende Anlagen in Bitterfeld, Rheinfelden, in Polen und in Frankreich. Im Jahre 1899 trat er in die A.E.G. ein als Leiter der Abteilung für den Bau von Zentralstationen. Im Jahre 1902 trat er auch in das Direktorium der Berliner Handelsgesellschaft (Aktienbank) ein, bei deren industriellen Unternehmungen er dann mitbestimmend war. Im Gefolge des Staatssekretärs Dernburg bereiste er 1907 und 1908 unsere Kolonien Deutsch-Ost- und Südwestafrika. Er ist der Verfasser der amtlichen Berichte über diese Reisen. Als der Krieg ausbrach, trat er an das Kriegsministerium heran mit dem Antrag, dort eine Rohstoffabteilung zu schaffen. Die Wichtigkeit dieser Frage hat er mit klarem Blick erkannt. Die Behörde ging auf den Gedanken ein und übertrug ihm die Einrichtung und Leitung der Abteilung, die allmählich auf 400 Beamte anwuchs. Nach achtmonatlicher Tätigkeit war die schwierige Frage der Rohstoffbeschaffung auf absehbare Zeit gelöst. Er bezeichnete nunmehr den damaligen Major Böth als den geeigneten Mann zur weiteren Leitung der Abteilung. Er selbst wandte sich wieder seiner Tätigkeit in der Industrie zu. Nach dem Tode seines Vaters im Jahre 1915 wurde er Präsident der A.E.G. Nach der Revolution gewann er als nicht offizieller Berater der Reichsregierung in wirtschaftlichen Fragen wachsenden Einfluß. Jedoch erst im Mai 1921 entschloß er sich, im ersten Kabinett Wirth ein Amt anzunehmen und zwar das des Wiederbauministers. In dieser Eigenschaft verhandelte er mit dem Franzosen Loucheur über ein besonderes Abkommen betr. Sachleistungen, das sogenannte Wiesbadener Abkommen. Mit seinen demokratischen Parteifreunden trat er dann im Oktober 1921 nach dem Raub-Obersterlebens aus dem sich umbildenden zweiten Kabinett Wirth aus. Jedoch ließ er der Regierung Wirth nach wie vor seine Hilfe. So ging er im November 1921 zu „privaten“ Besprechungen nach London. Im Januar 1922 vertrat er sogar amtlich die Reichsregierung auf der Konferenz in Cannes. Nach der Rückkehr von dort wurde er Ende Januar zum Reichsminister des Auswärtigen ernannt.

Rathenau ist auch schriftstellerisch auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftsphilosophie hervorgetreten. Von seinen Büchern sind zu nennen: „Impressionen“, „Reflexionen“, „Zur Kritik der Zeit“, „Zur Mechanik des Geistes“ und „Von kommenden Dingen“.

Zusammenstöße.

Nach einer Meldung der „Neuen Berliner Ztg.“ wurde ein Trupp Deutschnationaler, der gestern abend in Pöschwitz, einem Vororte Dresdens, eine monarchistische Kundgebung veranstalten wollte, von den Arbeitern auseinander geprengt. Hauptmann Wendert, der trotz des Verbots seine Rede gehalten hatte, wurde auf dem Heimwege verhaftet.

In Nürnberg ist es, dem gleichen Walle zufolge, zu verschiedenen Zusammenstößen gekommen. In ein Lokal, in dem „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen wurde, drangen Arbeiter ein und verhinderten die Musik am Weiterpiel.

Das Schutzgesetz.

Das Reichskabinett hat gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten den Gesetzentwurf zum Schutze der Republik beraten. Das Kabinett wird die Beratungen morgen nachmittag 4 Uhr fortsetzen. Alsbad nach der Beschlußfassung des Kabinetts soll, wie wir hören, der Entwurf den gesetzgebenden Körperschaften zur Erledigung zugeführt werden.

Der Kanzler bis auf weiteres Außenminister.

Der Reichspräsident hat, wie jetzt amtlich mitgeteilt wird, den Reichskanzler Dr. Wirth mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Außenministers bis auf weiteres beauftragt.

Ausnahmezustand in Thüringen.

Das thüringische Staatsministerium hat den Ausnahmezustand verhängt. Zur Verfolgung der Mörder werden die Jüge in Jena von Kriminalpolizisten untersucht, die auch in den Jügen mitfahren. Sämtliche Reisende, die den Bahnsteig passieren, müssen sich ausweisen und ihr Reisegepäck wird einer Durchsuchung unterzogen. Auch werden alle Kraftwagen in Thüringen angehalten und durchsucht.

Englische Pressestimmen.

Die Londoner Blätter veröffentlichen sehr ausführliche Lebensbeschreibungen Rathenaus und nehmen in Leitartikeln zu dem Mord Stellung. „Daily Telegraph“ sagt: Man sei der Ansicht, daß Deutschland es sich schuldig leisten könne, in einem Zeitpunkt, wie dem jetzigen, einen so hervorragenden Bürger zu verlieren. Man empfinde aufrichtige Teilnahme mit dem Reichskanzler Dr. Wirth und seinen Kollegen, deren Person sehr ernstlich bedroht sei. Man hoffe und glaube in London, daß nicht nur alle demokratischen Elemente in Deutschland, sondern auch alle aufrichtigen, ordnungsliebenden Elemente sich um

Wirth scharen werden gegen die neue Anarchie, die von der äußersten Rechten drohe. Zu dem Versuch, diesen Aufruhr zu unterdrücken, würde die deutsche Regierung die vollste moralische Unterstützung der ganzen Welt erhalten.

Die „Morning Post“ schreibt: Der Mord würde nicht nur als eine Herausforderung der Republik, sondern als Angriff gegen die Möglichkeit einer Regelung des Reparationsdurcheinanders angesehen werden. Frankreich und England mühten sich den Mord als Warnung dienen lassen und ihre Politik in Einklang bringen, ehe der Sturm losbräche. Der Mord sei ein Zeichen, daß die Kraft der Revanche jenseits des Rheins wirksam sei.

„Daily Chronicle“ schreibt: Angesichts solcher Ereignisse seien die Alliierten, die Deutschland noch immer unter militärischer Kontrolle halten, gezwungen, vorsichtig in der Lockerung dieser Kontrolle zu sein. Die Alliierten mühten jedoch auf der Hut sein, um nicht in das entgegengekehrte Extrem zu fallen. Zweifellos habe die Haltung der französischen Regierung gegen Deutschland den deutschen Reaktionen sehr geholfen. Sie habe es ins Feuer ihres Evangeliums des Hasses gegossen. Eine rein negative Politik der Unterdrückung Deutschlands werde nie die Probleme der Alliierten lösen. Die Alliierten brauchen eine positive Politik zur Unterstützung der fortschrittlichen und vernünftigen Elemente in Deutschland.

„Westminster Gazette“ schreibt: Keine deutsche Regierung könne wirksam bewaffnet werden gegen eine Wiederholung eines auf Umsturz gerichteten Angriffes, bevor sie nicht mit einem Reparationsproblem versehen werde, das nicht nur gerecht, sondern auch durchführbar sei. Solange Deutschland gezwungen sei, mit einer Aufgabe zu ringen, die sein Vermögen übersteige, müsse es diesen Weg hintun, den ihm seine Gebieter gezeigt haben.

„Daily News“ schreiben: Das Verbrechen enthalte seine Lehren nicht nur für England, sondern noch mehr für Frankreich. Das Blatt fragt, ob die Alliierten die vernünftigen Elemente in Deutschland verurteilen oder durch das fortwährende Gerede von Sanktionen und durch die Eintreibung der unmöglichen Entschädigungen die flackernde Flamme der Feindschaft und des Verhaßtes gegen Ruhe und Ordnung entfachen wolle. Wenn man diese Fragen länger unbeantwortet lasse, so werde nicht Deutschland sondern Europa dafür büßen.

Politische Neuigkeiten.

Deutscher Reichstag.

* In der gestrigen Sitzung wurde die Vorlage, durch welche das Wahrungsmangelgesetz bis zum 31. März nächsten Jahres verlängert wird, in allen drei Lesungen angenommen; ebenso das Gesetz über die Kündigungsbeschränkungen zugunsten Schwerkräftiger und der Entwurf über die Erhöhung der patentamtlichen Gebühren.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfes der Verlängerung der Pachtgesetzordnung. Der Ausschuß schlägt verschiedene Änderungen vor. Der von der Regierung vorgeschlagene, für Grundstücke unter 5 Hektar vorgesehene Ausschluß der Pachtbindung, wird vom Ausschuß auf Grundstücke bis zu 10 Hektar ausgedehnt. Dieser Ausschluß der Kündigungsmöglichkeit soll den Pachtteilnehmern zuteil kommen.

Reichsarbeitsminister Brauns wendet sich gegen einige Änderungsanträge, die von verschiedenen Parteien eingegangen sind. Dem Grundgedanken des Pachtgesetzes siehe die Regierung nicht ablehnend gegenüber, aber dieser sei auch schon in der Vorlage gegeben.

Abg. Dawid (Soz.) hofft, daß die in dem Ausschuß beschlossene Ausdehnung des sozialen Pachtgesetzes auf Wirtschaften bis zu 10 Hektar bestehen bleibt. Er beantragt eine Erweiterung des Pachtgesetzes bis dahin, daß das Deputatland landwirtschaftlicher Arbeiter bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres dem Deputaten zur vollen Nutzung verbleibt.

Abg. Hagemann (Z.) wünscht einen größeren Spielraum für die vertragliche Freiheit und empfiehlt mehrere dahingehende Anträge. Weiter fordert er eine Anpassung des Pachtgesetzes an die Geldentwertung nach vor Ablauf des Wirtschaftsjahres.

Abg. Horn (Unabh.) unterstützt den sozialdemokratischen Antrag zugunsten der Deputaten.

Abg. Krell (Dem.) tritt für einen demokratischen Antrag ein, der den mittleren Bauern, die während des Krieges ihre Wirtschaften verpachten mußten, die Möglichkeit geben will, ihre eigene Scholle wieder mit den inzwischen herangewachsenen Söhnen selbst zu bebauen. Wenn diese Möglichkeit geschaffen wäre, könnten die Demokraten auch für die 10 Hektar-Pachtgrenze stimmen. Sonst mühten sie beantragen, diese Grenze auf 7 Hektar herabzusetzen.

Abg. Gildemeister (D. Rp.) fordert streng paritätische Anwendung der Pachtgesetzverordnung bei Pächtern und Verpächtern. Die Bekanten seiner Partei gegen die 10 Hektar seien noch nicht beseitigt. Deshalb werde sie für den demokratischen Antrag auf 7 Hektar stimmen.

Abg. Heidemann (Komm.): Der Landwucher, der die Hauptschuld an den Lebensmittelpreisen trägt, wird durch die Vorlage nicht beseitigt. Der Pächter bleibt nach wie vor dem Großagrarier ausgeliefert.

Unter Ablehnung der Änderungsanträge der Sozialdemokraten und Demokraten wird die Vorlage nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen. Ebenso auch in dritter Lesung. Darauf wird die Sitzung um 4 ein Viertel Uhr abgebrochen, weil die Aufzählung Rathenaus im Sitzungssaal vorbereitet werden soll. Präsident Lobe wird den Zeitpunkt der nächsten Sitzung bestimmen.

Die Abend Sitzung begann um 8 Uhr. Sie fand im Außen- saale des Obergeschosses statt.

Auf der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf betreffend Vereinbarungen der deutschen und polnischen Regierung mit der Interalliierten Kommission für Oberschlesien über gewisse Fragen der Überleitung. Besonders wesentlich ist die Bestimmung, daß die vom Oppermer Sondergericht wegen Vergehens gegen die alliierten Mächte Verurteilten den Rest ihrer Strafe in Gefängnissen des besetzten rheinischen Gebietes verbüßen dürfen. — In der ersten Lesung beantragte der Gesandte von Gards die Vorlage die deshalb so eilig ist, weil es sich um einen Teil des mit der Interalliierten Kommission abgeschlossenen Übergabebündnisses handelt. Die Interalliierte Kommission hat nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß die Ratifikation so schnell als möglich erfolgt und auch ge- droht, daß das Los der Gefangenen sonst eine ungünstige Wendung nehmen würde. Wir handeln also in einer Zwangslage. Die jetzige Lösung ist nicht befriedigend, aber immerhin besser als das uns Angedrohte. Damit schließt die erste Beratung. — Die Vorlage wird auch in zweiter und dritter Lesung und in der Gesamtabstimmung ohne jede Erörterung einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch nachmittag 1 Uhr. Kleinere Vor- lagen.

Präsident Lobe teilt mit, daß nach einem Beschluß des Al- teistenrat.es am Freitag und Samstag Vollsitzungen stattfinden würden aber dafür die ganze nächste Woche freibleiben wird.

weil sonst die Zwangsleihe, die Robellen zum Einkommen- steuergesetz und zum Erbschaftsteuergesetz nicht erledigt werden könnten. Endgültige Beschlüsse würde aber der Altesten- rat erst am Freitag fassen.

Deutschland und der Völkerbund.

Lloyd George erklärte laut „Daily News“ bei seiner gestrigen Ansprache in der Waliser Baptistenkapelle in London, es wäre bekannt der Völkerbund würde besser sein, wenn Deutschland dessen Mitglied, wäre, aber Deutschland wolle nicht aufgenommen werden. Das sei die Schwierigkeit.

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ schreibt, die Anwesenheit des französischen Botschafters in London am Samstag auf der Rednertribüne bei der Kundgebung der Völkerbundsvereiner habe besonderes Interesse erweckt, weil dieser Kundgebung eine Entschliekung unterbreitet wurde, in der die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund dringend gefordert wird. Der Inhalt der Entschliekung war dem fran- zösischen Botschafter vor der Versammlung mitgeteilt worden. Diese Tatsache könne vielleicht mit der Rede Lloyd Georges in Zusammenhang gebracht werden. Dem Berichterstatter zufolge wird erwartet, daß sich unter den Fragen, die heute zwischen Lord Balfour und Schanzer, der hier eingetroffen ist, erörtert werden, auch die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund befindet.

Eine Erklärung Lobes.

Nach einer Pariser Meldung will die Botschafterkonferenz in einer Note an die deutsche Regierung gegen die Rede protestieren, in der Reichspräsident Lobe neuerdings für den Anschluß Österreichs an Deutschland eintrat. Lobe erklärt dazu: „In allen meinen Reden habe ich hervorgehoben, daß ich den legalen Weg der Anrufung des Völkerbundes in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Verträge von Versailles und St. Germain über den Anschlußgedanken empfehle. Ich denke nicht daran, zurückzuweichen, weil ich eine Sonderexistenz Österreichs in seinem jetzigen territorialen Umfange für unmöglich halte und weil jede Änderung dieser unmöglichen Lage bei dem absolut deutschen Charakter der Bevölkerung nur in einem Anschluß an Deutschland bestehen kann. Ich halte übrige diese ganze Meldung für sehr unwahrscheinlich, weil ich der Botschafterkonferenz für meine Reden nicht verantwortlich bin und ich eine Senjur über Reden des Präsidenten des Deut- schen Reichstages nicht zusteht.“

Die Vaterlandsiebe des Herrn von Oldenburg.

Die sozialdemokratische Presse gibt den schon kürzlich er- wähnten Brief in fastmitleidiger, den der Abg. Stampfer im Reichstag verlesen hat. Der Brief, den der bekannte Herr v. Oldenburg-Januschau im Jahre 1915 an den dama- ligen Minister des Innern, Herr v. Loebell, gerichtet hat, zeigt, wo Sabotage an der Wehrkraft des deutschen Volkes, und zwar aus kleinem Eigennutz geübt wurde. Er lautet:

Berlin, 12. 4. 15.

Liebste Erzelenz Frei! Im Begriffe, nach Polen auf meinen Posten zurückzugehen, danke ich Gott, der Scherezei mit den Gütern und der Zivil- verwaltung los zu sein. Es ist auf dem Land sehr tatächlich untraglich mit den täglich wechselnden Verordnungen. Ich besitze 500 Morgen überhaubt nicht und so machen es viele, weil die Unsicherheit der Ernte und der Bestimmungen zu groß ist. Die Sache mit den Kartoffeln ist jetzt einigermaßen vernünftig, von den Schweinen wird die Hälfte in den Pösch- tonnen verkauft. Die Erbitterung auf dem Lande ist sehr groß und wird sich nach dem Kriege entladen. Dazu kommt, daß das Vertrauen zu der Obersten Kriegsführung in allen Kreisen immer mehr schwindet. Daß das Vertrauen zu der Obersten Zivilleitung längst fehlt, weißt Du. — Nun aber Schwamm drüber. —

Clard Oldenburg.

Antworten brauchst Du mir nicht. Ich gehe heute nach Polen. Gott befohlen. —

Kurze polit. Nachrichten.

* Streik des österreichischen Verkehrspersonals. Aus Wien berichtet das B. L.-B. vom Sonntag: In den Abendstunden setzte der Ausstand in den Eisenbahn-, Telephon- und Postbetrieben ein. Der Telegraph arbeitet auf einzelnen Linien. Nach einer Münchener Meldung von heute, Montag, verkehren wegen des Streiks des österreichischen Verkehrspersonals die bairischen Züge nur bis zu den Grenzstationen Salzburg, Ruff- stein, Mittenwald und Passau.

* Von der Haager Konferenz. Die Unterkommission für die Kredite hat heute ihre Besprechungen über die anzuwendende Arbeitsmethode fortgesetzt. Über den Verlauf der Beratungen wurde der Presse wieder nichts mitgeteilt. Die russische Delegation wird voraussichtlich erst am Sonntag nachmittag im Haag eintreffen.

Badische Uebersicht.

Der Rechtspflegeausschuß zur Maifeier-Verordnung.

Am vorigen Freitag wurde im Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung an die Beratung des Antrages Weber (D. Rp.), den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag in Baden aufzu- heben, herangezogen. Bekanntlich hat derselbe Ausschuß am 27. April d. J. beschlossen, seine Erledigung so kurze Zeit vor dem 1. Mai nicht mehr vorzunehmen, sondern die Erörterun- gen auf später zu vertagen.

In der gestrigen Sitzung beantragte nun der Berichterstatter Abg. Rücker (Soz.) die abermalige Vertagung. Er führte begründend aus, daß die Regelung der gesetzlichen Feiertage zurzeit von der Reichsregierung erwogen werde. Dem Reichs- tage lägen auch sonst mehrere Anträge über den 1. Mai vor. Man würde überflüssige Arbeit leisten, wollte man sich in Baden vor dieser Regelung mit der Maifeierfrage beschäftigen.

Der Regierungsvertreter bestätigte, daß ein derartiger Ent- wurf fertig vorliege und die Länder angewiesen seien, ihre diesbezüglichen Arbeiten zurückzustellen. — Ein Zentrum- vertreter erklärte hierzu, daß seine Fraktion für Aufhebung der badischen Maifeier-Verordnung sei, weil der 1. Mai nur als sozialdemokratischer Feiertag gelte. Er ist aber aus den

vom Berichterstatter angeführten Gründen für die Vertagung; er legte folgenden Antrag vor:

Sobiel bekannt, erwägt die Reichsregierung die Einführung eines nationalen Feiertags für das ganze Reichsgebiet, womit die zurzeit in Baden bestehende Feier des 1. Mai in Wegfall zu kommen hätte. Mit Rücksicht hierauf hat der Ausschuss heute beschlossen:

- 1. die sachliche Beratung des heute auf der Tagesordnung stehenden Antrags, Weber abzusehen und bis auf weiteres beruhen zu lassen;
2. zu beantragen, daß der Landtag die Erledigung dieses Antrags gemäß § 36 der Geschäftsordnung für die folgende Sitzungsperiode ausdrücklich vorbehält.

Der volksparteiliche Vertreter erklärte sich gegen den Antrag; wir haben nicht Angst vor der Kurage, wie uns die sozialdemokratische Presse nach unserer letzten Beschlusfassung vom 27. April unterstellt hat. — Auch der Landbund-Vertreter bemängelte den Ton, den die sozialdemokratische Presse bei der diesjährigen Maifeier gegen die Antragsteller angeschlagen hätte. Dieser Redner forderte unbedingte Aufhebung der Maifeier-Verordnung, unbeschadet dessen, was im Reichstage geschieht! Sie sei im Wege der Verordnung erlassen worden und bestche deshalb nicht zu recht.

Dies bestreitet der Regierungsvertreter. Alle gesetzlichen Feiertage seien durch Verordnung geregelt. Ein Zentrumsvertreter bestätigt die Richtigkeit dieser Auffassung, wozu ein deutschnationaler Vertreter erklärt, rechtlich wohl, aber nicht moralisch sei die Regierung zum Erlaß dieser Verordnung berechtigt gewesen. Man habe damit wenig Respekt vor der Volksgewalt geäußert. Er erklärt sich gegen die Vertagung; den Vorwurf der Feigheit lasse er sich nicht machen, wie das bei der Maifeier in der sozialdemokratischen Presse geschehen sei. Die große Mehrheit der Arbeiter wolle gar nicht die Maifeier.

Giergegen wandten sich, nachdem sich die Regierung gegen den Vorwurf verteidigt hatte, sie habe unmoralisch gehandelt, zwei sozialdemokratische Redner. Sie bemerkten, daß viele Arbeiter auch manche kirchlichen Feiertage, die in die Woche fallen, nicht wollen. Schon aus reiner Toleranz müsse man die Feier des 1. Mai zulassen. Es sei nicht wahr, daß die Arbeiter den 1. Mai nicht wollten. Die Antragsteller verdienen Dank, denn sie hätten zur Massenteilnahme an der diesjährigen Maifeier beigetragen.

Auch der kommunistische Redner erklärte sich für die Vertagung. Er wies auf die Niesenausparungen hin, welche die Unternehmer wegen der Feier des 1. Mai vorgenommen haben. — Ein demokratischer Redner ist gleichfalls für die Vertagung. Über die Entscheidung müsse noch vor dem 1. Mai des nächsten Jahres fallen. Diese Auffassung vertreten auch noch die Antragsteller, welche den 1. Mai aufgehoben wissen wollen. — Inzwischen hatten sie noch einen weiteren Antrag eingebracht: „Beim Reiche dahin zu wirken, daß der 1. Mai nicht als Feiertag anerkannt wird.“ Der Vorsitzende rief ihnen aber, ihn heute zurückzuziehen und im Plenum wieder einzubringen, was zu tun sie auch erklärten.

Hierauf folgte die Abstimmung. Der Zentrumsantrag und der Antrag des Berichterstatters wurden mit 16 gegen 5 Stimmen angenommen. Dafür stimmten Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten und das kommunistische Mitglied; dagegen die Deutschnationalen, der Landbund und die Deutsche Volkspartei.

Russisches Hilfswerk.

Man schreibt uns: Die am 17. Juni von Stettin ausgereifte neue Hilfsexpedition des Deutschen Roten Kreuzes für Südrussland mit Medikamenten und Verbandmitteln für die Krankenhäuser in den Kolonistengebieten, ist in Petersburg eingetroffen. Eine Sendung Getreide ist von Bulgarien nach Odessa unterwegs. Es sollen zuerst die Gebiete um Kronau, dann die Hungergebiete in der Krim, Wolotschna und Danneß besucht werden. Weitere Getreidesendungen sind in Vorbereitung. Die Mitteilungen über den Saatensand machen die Fortsetzung der Hilfe zur dringenden Notwendigkeit.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Sowjet-Regierung einzig und allein dem Deutschen Roten Kreuz die Erlaubnis zur ausschließlichen Berücksichtigung der Deutschen in Rußland zugestanden und damit nur diesem gegenüber die Verpflichtung und Garantie übernommen hat, daß die für unsere notleidenden Stammesgenossen gesammelten Gaben sicher an diese geleitet werden. Der sicherste und rascheste Weg der Hilfe geht deshalb nur über das Rote Kreuz. Gaben sendet man daher nicht an die allenthalben auftauchenden Sonderaktionen, sondern nur an das russische Hilfswerk des Deutschen Roten Kreuzes „Brüder in Rot“ Berlin W. 56, Prinzessinnenpalais. Unter den Linden und dessen Postfachkonto Berlin NW. 7 Nr. 65 600.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Am 60. Geburtstag Dr. Siebers. Staatspräsident Dr. Gummel hat vorgestern folgendes Telegramm an den württembergischen Staatspräsidenten Dr. Sieber gerichtet: „Zum 60. Geburtstag sende herzliche Glückwünsche. In dankbarer Anerkennung Ihrer väterländischen Arbeit hoffe ich, daß Ihre Kraft dem Reich und Land noch recht lange erhalten bleibe.“

* Nr. 46 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Gesetz über die Änderung des badischen Ausführungsgesetzes vom 8. Oktober 1921 zum Wohnungsabgabegesetz; über Kredithilfe an einzelne Gemeinden zur Abdeckung ihrer Mißschulden. — Der Preis des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Jahr 1922.

Verkehrsperren.

Von der Annahmestelle für sämtliche Früchten und Viehdaraufbaut nach Ruffeln, Fassau, Simbach, Salzburg, Mittenwald und Lindau, Übergang Richtung Österreich, sind Lebensmittel und leichtverderbliche Güter ausgenommen.

Aus der Landeshauptstadt.

Volksschauspiel Stigheim. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß am Mittwoch, den 5. Juli, ein besonderer Festspieltag eingeleitet ist. An diesem Tag wird der Badische Landtag mit den Vertretern der Badischen Regierung das diesjährige Josef-Spiel in Stigheim besuchen. Im übrigen ist das Spiel allgemein zugänglich. Schulen, Vereine und größeren Gesellschaften wird auch an diesem Festspieltage Ermäßigung gewährt. Auf Peter und Paul (29. Juni) werden von Pforzheim, Karlsruhe und Offenburg aus Sonntagsfahrten zum Spielbesuch nach Stigheim ausgegeben.

Geschäftliches.

Frankfurter Rückversicherungs-Gesellschaft. Die Generalversammlung genehmigte die Jahresrechnung für 1921 und beschloß dem Antrag der Verwaltung gemäß, den Reingewinn, der sich mit Einschluß eines Gewinnvortrags aus dem Vorjahre von 56 428,47 M. auf 284 429,44 M. beläuft, wie folgt zu verwenden: Der gesetzlichen Rücklage werden 11 400,05 M. zugeführt, als Gewinnanteil für die Aktionäre gelangen 144 000 M. oder 12 M. auf jede Aktie zur Verteilung und der Rest von 99 833,18 M. wird auf neue Rechnung vorge tragen. (Vgl. die Bekanntmachungen im Anzeigenteil der Samstagnummer unseres Blattes.)

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Auf Antrag der technischen Aufsichtscommission für die Untersuchungs- und Prüfstelle des Deutschen Agethlervereins und unter den von ihr mitgeteilten Bedingungen, werden die Agethlerapparate:

- 1. der Firma Heine und Hans Herzfeld in Halle a. S. in Größe O unter der Typennummer J 43 gemäß § 12 und unter der Typennummer A 1 gemäß § 14,
2. „Griesheim“ der Firma Chemische Fabrik Griesheim — Elektron in Griesheim a. R. in der Größe mit 4 Kilogramm Karbidfüllung unter der Typennummer J 21 gemäß § 12 und mit 4 und 6 Kilogramm Karbidfüllung unter der Typennummer A 63 gemäß § 14,
3. der Internationalen Gesellschaft für Agethlerbeleuchtung „Dera“, Landshofer & Co. in Mannheim in den Größen 0/1, 0/2, 1 und 2 unter der Typennummer J 21 gemäß § 12 und in den Größen 0/1, 0/2, 1, 2, 4, 5, unter der Typennummer A 10 gemäß § 14 der Agethlerverordnung vom 23. Oktober 1914 in jederzeit widerruflicher Weise für Baden zugelassen.
4. Den Firmen Ebers & Robiet in Kiel und Heinrich Bösch, G. m. b. H. in Alfons-Dittens, wird gestattet, die Typennummer J 66 und A 52 des mit Erlaß vom 23. Juni 1921 zugelassenen Agethlerapparates System „Wefa“ mitzubenuhen. Karlsruhe, den 20. Juni 1922.

Badisches Arbeitsministerium.

Der Ministerialdirektor: Fuchs.

Spiegel.

Dem „Abeilandbank“ — Sammlung für rheinische und saarländische Heimat- und Wohlfahrtspflege — wurde für das badische Staatsgebiet bis zum 30. September 1922 die Genehmigung zur Sammlung von Geldspenden durch Aufrufe, Bereschreiben und mündliche Werbung erteilt. Karlsruhe, den 21. Juni 1922.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor: J. A. Kahlmeier.

Das Finanzministerium hat auf Grund der §§ 4 und 16 der Verordnung der Reichsregierung über Beiräte für die Deutsche Reichsbahn, vom 24. April 1922, auf die Dauer von 3 Jahren ernannt:

- zum Landeseisenbahnrat Karlsruhe: als Mitglieder die Herren: Oberbürgermeister Dr. Ruher in Mannheim, Konjul Menzinger, Präsident des Badischen Verkehrsverbands in Karlsruhe, Reedereidirektor G. Jäger in Mannheim, Dr. Walter Hartmann, Stellv. Syndikus beim Verband Südwestdeutscher Industrieller in Mannheim, Direktor Kauf, Oberreichische Eisenbahn-Gesellschaft A. G. in Mannheim, Kaufmann Heinrich Graf II in Mannheim, Geschäftsführer A. Obermaier, Lebensbedürfnis- und Produktivverein Freiburg i. B.; als Stellvertreter die Herren: Oberbürgermeister Dr. Finter in Karlsruhe, Altstadtrat Victor Darmstadt, Vorsitzender des Verkehrsvereins in Mannheim, Reedereidirektor Heinrich Baeder in Mannheim, Fabrikant Karl Schindler in Bindschlag, Direktor Wölcke, Bad. Lok.-Eisenbahn A. G. in Karlsruhe, Kaufmann Ernst Braun, Freiburg i. B., Direktor Rudolf Thomann, Lebensbedürfnisverein Karlsruhe; zum Landeseisenbahnrat Frankfurt (Main): als Mitglieder: Herrn Gustav Bierneisel, Bürgermeister und Landwirt in Lauda; als Stellvertreter: Herrn Gutsbesitzer August Wachs, Winklerhof, Post Rotenfels. Karlsruhe, den 19. Juni 1922. Finanzministerium. Böcher.

Badisches Landestheater.

Mittwoch, 28. Juni. 7 1/2, b. g. 10 Uhr. 55 Mk. Abonnement B 6 und E 5. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 901-1000 und 2901-3000.

Der Postillon von Lonjumeau.

Volksschauspiel Stigheim.

Josef u. seine Brüder

von S. Wieser. Festspieltag: Mittwoch, den 5. Juli 1922. Anfang 1 1/2 Uhr. Ende 6 1/2 Uhr.

Neuchlin-Feier

des Theaterkulturverbandes und der Gesellschaft für deutsche Bildung am 30. Juni und 6. Juli.

- 1. Vortrag von Professor Dr. Preißendanz über Johann Neuchlin am Freitag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, im großen Hörsaal des Schulgebäudes der Techn. Hochschule.
2. Festlicht-Aufführung im Schlossgarten am 6. Juli: „Hanno“ Bauernkomödie, lateinisch von Johann Neuchlin, deutsch von Hans Sachs. Leitung: Hans Blum. Ausführende: Karlsruher Jugendring, Städtisches Konservatorium. Anfang 7 1/2 Uhr abends.

Karten für beide Veranstaltungen gültig 12 Mark. Einzel: Vortrag 3 Mark, „Hanno“ 10 Mark. Für Mitglieder obiger Verbände sowie der Volksbühne 8 Mark resp. 2 und 7 Mark. Für die Aufführung auch Stehplätze zu 2 Mark. Vorverkauf bei Fritz Müller, Kaiserstraße, Ecke Baldfstraße. Telefon 388.

Betriebsführung

Mitteilungen des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk, E. V. in Karlsruhe

Jährlich 12 Hefte. Man abonniert bei allen Postanstalten und beim Verlag. Bezugspreis halbjährlich M. 35.— und Porto.

Mehr wie je hängt heute der Erfolg des deutschen Gewerbes von einer sorgfältigen Durcharbeitung des Arbeitsprozesses ab. Rationelle Betriebsführung, die der Industrie zu ihren beispiellosen Erfolgen verholfen hat, muß auch auf das Handwerk angewendet werden. Wenn dieses sich behaupten will. Diese Aufgabe soll durch diese Zeitschrift gelöst werden, die für jeden Handwerker, für jeden selbständigen Gewerbetreibenden und für die Erzieher unseres handwerklichen Nachwuchses als Anregung und Ratgeber zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Betriebes verfolgt werden muß.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei. Verlag, Karlsruhe i. B., Karlsruherstraße 14.

Buchhalter-Stelle.

Beim Stadtratsamt ist die neuorganisierte planmäßige Stelle eines Buchhalters alsbald zu besetzen. Bewerber, die in der kameralistischen Buchhaltung und im Gemeinde- und Stiftungsbuchhaltungswesen erfahren sind, mit längerer praktischer Tätigkeit in der Buchführung wollen sich alsbald schriftlich melden unter Vorlegung ihrer Ausbildung und ihrer bisherigen Beschäftigung. Ruhegehaltsfähige Anstellung nach der städtischen Befoldungsordnung. Einreichung in die Befoldungsordnung nach Vorbildung und Leistung. A. 373. Bruchsal, den 22. Juni 1922.

Der Oberbürgermeister: Dr. Reister. Strohauser.

Revisionsbeamten-Stelle.

Beim städtischen Rechnungsamt ist die planmäßige Stelle eines Revisionsbeamten durch einen im Rechnungs- und Revisionsdienst erfahrenen Beamten alsbald zu besetzen. Geeignete Bewerber wollen sich unter Vorlegung ihrer Ausbildung und ihrer bisherigen Beschäftigung alsbald schriftlich melden. A. 374. Ruhegehaltsfähige Anstellung nach der städtischen Befoldungsordnung. Einreichung in die Befoldungsordnung nach Vorbildung und Leistung. Bruchsal, den 22. Juni 1922.

Der Oberbürgermeister: Dr. Reister. Strohauser.

Den Schutz der Mieter betr.

Anordnung des Arbeitsministeriums vom 16. Juni 1922. Mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums und im Einverständnis mit dem badischen Justizministerium wird die Geltungsdauer unserer aufgrund des § 5a der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter vom 23. September 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 11. Mai 1920 für die Stadt Karlsruhe erlassenen Anordnungen, wonach die Vollstreckung von Räumungsurteilen nur beschränkt zulässig ist, für die Zeit bis zum 31. März 1923 verlängert. O. 32. Vorstehendes bringen wir zur öffentlichen Kenntnis. Karlsruhe, den 26. Juni 1922. O. 3-81. Badisches Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Schweizerische Goldhypotheken betr. Die zahlreichen und in letzter Zeit sich häufenden Klagen aus den Kreisen derjenigen deutschen Grundstücksbesitzer, deren Grundstücke mit Goldhypotheken belastet sind, die unter das Deutsch-Schweizerische Abkommen vom 6. Dezember 1920 fallen, haben die Reichsregierung veranlaßt, Erwägungen anzustellen, ob nicht diesen Schuldnern in besonders ungünstig gelagerten Fällen eine Unterstützung irgendwelcher Art gewährt werden müsse. Bevor jedoch in dieser Beziehung bindende Entschlüsse gefaßt werden, ist es erforderlich, einen Überblick darüber zu gewinnen, welchen Umfang diese Verpflichtungen haben und welche Kreise davon betroffen werden. Es ist daher notwendig, daß die betreffenden Goldhypothekenschuldner nähere Angaben über ihre Grundstücke, deren Belastung und über ihre finanzielle Lage machen. Diese Angaben sind durch Ausfüllung eines Fragebogens zu machen, der einheitlich für alle Beteiligten aufgestellt worden ist. O. 33. Ich fordere die in meinem Dienstbezirk wohnhaften Schweizer Goldhypothekenschuldner hiermit auf, mit diesen 1 Woche ihren Namen und Adresse anzugeben, damit ich ihnen den Fragebogen zufließen kann. Karlsruhe, den 16. Juni 1922. O. 3-82. Der Landestammführer.

Metallbetten

Stahlmatr., Kinderbett, direkt an Privat, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Sulzb. (Zhr.)

Ab 1. Juli ds. Js. werden die jetzigen Frachttarife, die Mindest- und Sonderfrachttarife, die örtlichen Gebühren (Bahnhoffrachten, Überfuhr-, Stellgebühren usw.) sowie verschiedene Nebengebühren im Güter- und Tierverkehr (einschl. des Milchabnahmetarifs) und die Expresstaxen um 25 v. H. erhöht.

Die im Deutschen Eisenbahn-Personen- u. Gepäcketarif, Teil I, vorgezeichneten entsprechenden Nebengebühren wie Wägebahnen, Gebühren für nachträgliche Verfüllungen, Unbestellbarkeitsmeldungen usw. erfahren die gleiche Erhöhung.

Im badischen Wimmengütertarif, Teil II, Abt. I betragen künftig die Gebühren für Beförderung nach Hilfsstationen 25 M., die Anschlussfrachten für Rheinauhafen für je 100 kg für Kohlen 90 Pf., für übrige Güter 95 Pf., die Abgebühren im Bodenseeverkehr für 100 kg 15 M., die Gebühr für die Verbringung eines Landwagens 20 M., für Beihilfe beim Ladedienst 60 M. für den Arbeiter und die Stunde, die Gebühr für Benutzung der Holzverladekranen 75 M.

Die entsprechenden Tarife werden auf 1. Juli ds. Js. ergängt. Nähere Auskünfte erteilt unser Gütertarifbüro.

Die verkündete Veröffentlichung ist auf Grund der vorübergehenden Änderung des § 6 E. R. O. N. G. B. 1914, S. 456 genehmigt. Karlsruhe, 24. Juni 1922. Eisenbahn-Generaldirektion.